

Tätigkeitsbericht 2025

Der Ausschuss „Ambulant-stationäre Versorgung“ der Sächsischen Landesärztekammer kam im Jahr 2025 zu drei ordentlichen Sitzungen zusammen. Im Mittelpunkt der Ausschussarbeit standen die Auswirkungen gesetzlicher Reformen – insbesondere des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) – auf die sektorenübergreifende Versorgung sowie innovative Versorgungsmodelle in unterversorgten Regionen sowie strukturelle Herausforderungen der ärztlichen Weiterbildung an der Schnittstelle von ambulanter und stationärer Versorgung.

Ein inhaltlicher Schwerpunkt war die intensive Auseinandersetzung mit den Konsequenzen des KHVVG für die Versorgungslandschaft in Sachsen. Diskutiert wurden insbesondere Leistungsgruppen, Strukturqualitätsvorgaben sowie mögliche Auswirkungen auf kleinere Krankenhäuser und damit auch auf Weiterbildungsbefugnisse. Der Ausschuss stellte dabei fest, dass sektorenübergreifende Versorgungsstrukturen künftig noch mehr an Bedeutung gewinnen und bestehende Kooperationsformen weiterentwickelt werden müssen. Die fachliche Einordnung der gesetzlichen Neuerungen des KHVVG aus ärztlicher Perspektive wurde vertieft. Insbesondere wurden die potenziellen Auswirkungen auf Weiterbildungsstrukturen und auf die Zusammenarbeit zwischen Krankenhäusern und niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten herausgearbeitet.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der ambulanten Versorgung. Hier wurden sowohl neue Versorgungsformen als auch bestehende Defizite analysiert. Besondere Aufmerksamkeit erhielt das von der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen initiierte Modell der sogenannten „Versorgerpraxis“, das als Reaktion auf hausärztliche Unterversorgung erprobt wird. Ergänzend befasste sich der Ausschuss mit telemedizinischen Ansätzen, mobilen Versorgungseinheiten sowie innovativen Projekten wie bspw. teledermatologischen Konsilen.

Zudem setzte sich der Ausschuss mit Konzepten zur hausarztzentrierten Versorgung auseinander. Dabei wurden sowohl gesundheitspolitische Rahmenbedingungen als auch Aspekte der Patientensteuerung und Gesundheitskompetenz thematisiert.

Mit der Vorstellung des Zi-Gutachtens zur Entwicklung des ambulanten Versorgungs- und Arztbedarfs in Sachsen lag dem Ausschuss erstmals eine umfassende Datengrundlage zur langfristigen Versorgungsentwicklung bis 2035 vor. Diese Erkenntnisse flossen in die Diskussion über zukünftige Versorgungsmodelle ein und bestätigten den Handlungsbedarf insbesondere in ländlichen Regionen.

Darüber hinaus wurden konkrete Praxisbeispiele innovativer Versorgung vorgestellt und bewertet. Die Diskussionen zu telemedizinischen Projekten, mobilen Behandlungseinheiten und neuen Kooperationsformen zwischen Praxen und Krankenhäusern trugen dazu bei, mögliche Lösungsansätze für bestehende Versorgungsdefizite zu identifizieren.

Besonders herausfordernd und noch nicht final geklärt ist sowohl die rechtliche als auch die finanzielle Ausgestaltung sektorenübergreifender Versorgungsmodelle. Bestehende gesetzliche Regelungen – unter anderem im Bereich der spezialfachärztlichen Versorgung –

wurden als unzureichend und teilweise widersprüchlich bewertet. Der Ausschuss sieht hier einen klaren Änderungsbedarf auf Bundesebene.

Ein weiteres zentrales Thema stellt die ärztliche Weiterbildung dar. Der Ausschuss stellte fest, dass die Zahl der Ärztinnen und Ärzte in Weiterbildung, die der weiterbildungsbefugten Ärztinnen und Ärzte in einigen Fächern übersteigt. Insbesondere an der Schnittstelle zwischen ambulanter und stationärer Weiterbildung bestehen Hürden, etwa durch hohen administrativen Aufwand oder fehlende finanzielle Anreize für niedergelassene Praxen, tatsächlich weiterzubilden (außerhalb der Förderungen nach §75 a SGB V von KV Sachsen und Krankenkassen für die Allgemeinmedizin).

Für die kommende Arbeitsperiode plant der Ausschuss eine noch stärkere Ausrichtung auf lösungsorientierte Fallbesprechungen aus der Praxis. Ziel ist es, konkrete ambulant-stationäre Problemstellungen zu analysieren und umsetzbare Handlungsempfehlungen zu erarbeiten.

Thematisch sollen unter anderem die Rolle von Physician Assistants, die Weiterentwicklung eines Primärarztsystems sowie neue Modelle der hausarztzentrierten Versorgung vertiefend diskutiert werden. Zudem beabsichtigt der Ausschuss, seine Positionen stärker zu bündeln, um den Vorstand der Sächsischen Landesärztekammer gezielt zu unterstützen.

Langfristig bleibt es ein zentrales Anliegen des Ausschusses, die sektorenübergreifende Zusammenarbeit zu stärken, die ärztliche Weiterbildung nachhaltig abzusichern und innovative Versorgungsmodelle zum Nutzen der Patientinnen und Patienten in Sachsen aktiv mitzugestalten.

Dr. Sören Funck, Hoyerswerda, Vorsitzender
(veröffentlicht in der Broschüre „Tätigkeitsbericht 2025“)